

Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten (MA 62)

Das Aufgabengebiet der MA 62 ist vielseitig und umfasst die Organisation der Wahlen und Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen. Als Fachabteilung für das Melde- und Passservice ist sie Ansprechpartnerin in allen Fragen und Angelegenheiten zum Thema Melde- und Passservice. Zudem schult und überprüft die MA 62 die Einhaltung des Datenschutzes im gesamten Magistrat der Stadt Wien und sorgt dafür, dass die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gewahrt bleiben.



Projekt- und Schwerpunktüberblick 2004

Wahlen

- Organisation der Bundespräsidentenwahl 2004 (25. April 2004)
- Organisation der EU-Wahl 2004 (13. Juni 2004)
- Das Service „Beantragung einer Wahlkarte über das Internet“ wurde bei beiden Wahlen von rund einem Viertel der Wahlkartenantragstellerinnen und -antragsteller angenommen.

Volksbegehren

- Organisation des Pensions-Volksbegehren (22. bis 29. März 2004). Bei diesem Volksbegehren waren alle Abstimmungslokale erstmals elektronisch vernetzt. Deshalb konnten die Wienerinnen und Wiener ihre Stimme für das Volksbegehren in einem Wiener Abstimmungslokal ihrer Wahl abgeben. Stimmkarten innerhalb der Stadt sind damit nicht mehr notwendig.

Passservice

- Im Juli 2004 wurde das erste vollelektronische Passarchiv Österreichs in Betrieb genommen.
- Ebenfalls seit Juli 2004 arbeitet die Abteilung in einer Bund-Länder-Projektgruppe für die Ausstellung von Hochsicherheitspässen ab Oktober 2005 mit. Dabei wird eine möglichst bürger/innenfreundliche Lösung für die jährlich rund 100.000 Wiener Passwerberinnen und Passwerber angestrebt.

Verschiedene Rechtsangelegenheiten

- Ausarbeitung des am 9. September 2004 in Kraft getretenen Wiener Antidiskriminierungsgesetzes (LGBL. 35/2004). Mit diesem Gesetz werden Diskriminierungen und Belästigungen aus Gründen der ethnischen Herkunft, Religion, Weltanschauung, Alter und sexuellen Ausrichtung im Zuständigkeitsbereich des Wiener Landesgesetzgebers verboten. Für diskriminierte Personen wurde ein Schadenersatzanspruch geschaffen.
- Ebenso wurde eine Novelle zum Wiener Prostitutionsgesetz ausgearbeitet, die auch eine Novelle des Wiener Landes-Sicherheitsgesetzes enthält und die mit LGBL. 17/2004 kundgemacht wurde.